Etats seit langer Zeit bekannt ist, wandte allen Eifer und allen Scharfsinn auf, um bei jeder Position einzuhaken und Abstriche zu verlangen; oft feilschte er mit den Vertretern der Regierung um einen oder zwei Mann viertelstundenlang. Wir wurden diesem Sparsamkeitstriebe unsere Anerkennung nicht versagen, wenn er uns nicht ein wenig verdächtig vorkäme. Er steht nämlich in einem gar zu auffallenden Widerspruche mit dem Verhalten des Zentrums bei den früheren Beratungen desselben Etats und vor allem bei der Erörterung über den Rachezug gegen die Boxer. Damals hat diese Partei freudigst Ja und Amen zu allen Forderungen gesagt und der Bülow-Regierung die Indemnität geradezu auf dem Präsentierteller entgegengetragen. Das Zentrum trägt die moralische Verantwortung für die lange Ausdehnung des Chinaabenteuers. Und jetzt dieser Umschwung?! Dadurch, daß man aus dem ostasiatischen Etat die wichtige Bestimmung gestrichen hat, daß die einzelnen Positionen unter einander deckungsfähig seien, d. h. daß die Regierung das an einer Ecke nicht verwandte Geld zur Füllung eines Loches an einer anderen Ecke selbständig verwenden dürfe, hat man ihr die Weiterführung der ostasiatischen Besatzungsbrigade in dem bisherigen Stile fast unmöglich gemacht. Da aber auf der anderen Seite an eine Zurückrufung unter den heutigen Umständen nicht gedacht wird, so ist sie in eine Zwangslage gebracht worden. Sie muß sich mit dem Zentrum über einen Ausweg verständigen. Der schlaue Müller-Fulda hat seiner Partei die beliebten „Kompensationsobjekte" geschaffen, um die der Kuhhandel hinter den Kulissen in den nächsten Tagen losgehen wird und muß. Bei dem großen Interesse, das Wilhelm II. bisher für die ostasiatischen Dinge bekundet hat, sind diese „Kühe" besonders wertvoll. Was aber wird der Preis sein? Man munkelt davon, daß das Zentrum die Reichstagsdiäten durchzudrücken entschlossen sei. Dies Ziel wäre zu loben, erscheint uns aber für die Zentrumspolitik eigentlich zu — anständig. Ebensogut kann es sich auch um Zugeständnisse auf anderen Gebieten handeln, nicht allein im Reiche, sondern auch in Preußen: Die schwarze Garde sehnt sich nach unumschränkter Herrschaft in der Schule, um ihre Macht für die Zukunft zu sichern, die durch den naturnotwendigen allmählichen Abfall der Arbeitermassen gemindert wird. Man muß also gewärtig sein, daß an dieser Stelle die Daumschrauben angesetzt werden. Jedenfalls haben wir alle Ursache, dem Streichkonzert des Zentrums sehr kritisch zuzuhorchen und uns auf einige schrille Dissonanzen gefaßt zu machen.

Ein englischer Staatsmann über die Kriegsaussichten in Ostasien.

Der Vorwärts bringt die Unterredung eines Londoner Korrespondenten mit einem englischen Staatsmann, der mit den leitenden Staatsmännern Japans sowohl in Tokio wie in London in ununterbrochener, enger Verbindung steht und im Januar 1902 beim Abschluß der englisch-japanischen Allianz zwischen Marquis Ito und Lord Lansdowne vermittelt hat. Wir entnehmen daraus die folgenden wichtigsten Stellen.

(Der Staatsmann): . . . Ich bin der festen Ueberzeugung, daß schon die nächsten Monate den Krieg zu Gunsten Japans entscheiden werden. Sind die japanischen Truppenlandungen in genügender Zahl vollzogen, dann wird die russische Landmacht ebenso rasche und vernichtende Schläge erhalten, wie sie die russische Seemacht von Admiral Togo erhalten hat. Die Ansicht des japanischen Generalstabes, daß die russische Macht in Asien nichts weiter als eine blendende Fiktion sei, ist auf jahrelangen Studien und genauen Informationen begründet.

Ich: Aber Rußland hat eine Millionen-Armee in Europa . .

Der Staatsmann: Ja, in Europa. Die Russen befinden sich in Ostchina etwa in der Lage eines reichen Engländers, der mittellos auf einer Insel strandete und den Insulanern erzählt, er habe viel Geld in der Bank von England liegen. Japan wird in wenigen Wochen in Korea und Liaotung eine Armee von 300 000 Mann haben. Sie werden alle wichtigen Punkte besetzen, so daß die Russen die Offensive werden ergreifen müssen. Nach den Erfahrungen des Burenkrieges wird Rußland mindestens eine Armee von 600 000 Mann brauchen, um mit Erfolg angreifen zu können. Bloß zum Schutz der ostchinesischen Eisenbahn Charbin—Port Arthur sind 100 000 Mann nötig. Auch wenn wir den unwahrscheinlichen Fall annehmen, daß Rußland eine derartige Armee nach Ostasien werfen kann, so bleibt die Frage unlösbar: wie sind diese Massen zu verpflegen, nachdem Rußland die Seeherrschaft verloren hat. Die leitenden Männer Japans haben nicht den geringsten Zweifel, daß Rußlands Schicksal in Ostasien besiegelt ist . ."

Ansätze zu einer unabhängigen Arbeiterbewegung in England.

In diesem Monat tagte in Bradford das Labour Representation Komitee, das für die Wahl selbständiger Arbeiterkandidaten in das Unterhaus agitiert. Auf diesem vierten Jahreskongresse vertraten 360 Delegierte 969 800 Mitglieder der vereinigten Arbeiterorganisationen. Von den beiden sozialdemokratischen Organisationen war nur die Independent Labour Party vertreten; die radikalere Sozialdemokratische Federation hat auf eine Vertretung verzichtet, um sich nicht die Zurückhaltung auferlegen zu müssen, die durch ihren Eintritt notwendig gemacht würde.

Das Komitee fordert von den Kandidaten, die es aufstellt und unterstützt, Fernhaltung von jeder bürgerlichen Partei. Gegen diesen Grundsatz hatte sich der Sekretär der Eisenbahner und Abgeordnete Bell vergangen. Bell hatte vor der letzten Ersatzwahl in Norwich dem Kandidaten des Komitees jede Unterstützung versagt und nach der Wahl dem siegreichen Liberalen ein Glückwunschtelegramm zugesandt. Nach einer erregten Debatte, in der Bell vorgeworfen wurde, ein ebenso großer Arbeiterfeind wie Chamberlain zu sein, forderte der Kongreß die Eisenbahner auf, ihren Sekretär zur Rechenschaft zu ziehen oder es würde sich ihr Ausschluß notwendig machen.

Nach einem Protest gegen die Einführung von Kulis in Südafrika wurde einer kleinen Statutenänderung zugestimmt, die allerdings ein Beweis ist, daß das Komitee in seinen Bestrebungen noch vielfach auf den Widerstand der Gewerkschaften stößt. Im Paragraphen 2 der Satzungen hieß es: Alle Kandidaten sollen sich verpflichten, unsere Satzungen anzuerkennen, unsere Beschlüsse auszuführen oder zu resignieren. Die letzten Worte wurden gestrichen; selbst Keir Hardie gab zu, das Komitee habe kein Mittel in der Hand, einen Gewerkschaftskandidaten zum Mandatsverzicht zu zwingen, wenn er sich nicht auf jene Bestimmungen verpflichten könne. Nicht alle Gewerkschaften sind mit den Forderungen des Komitees einverstanden. Wie weit die Rückständigkeit einzelner geht, ergibt sich aus der Tatsache, daß z. B. die Organisationen der Textilarbeiter in Lancashire noch für Beibehaltung der Kinderarbeit eintreten.

Auf Veranlassung des Komitees haben sich die 14 Arbeitervertreter, die gegenwärtig dem Unterhause als Abgeordnete angehören, zu einer besonderen Fraktion unter der Führung John Burns zusammengeschlossen. Keir Hardie wurde vom Kongresse beauftragt, bei der Adreßdebatte im Unterhause die Arbeitslosenfrage zur Sprache zu bringen. Er hat, wie wir bereits mitteilten, den Auftrag ausgeführt, aber sein Amendement, in dem mit Bedauern festgestellt wurde, daß zur Regelung der Arbeitslosenfrage kein Arbeitsministerium geschaffen worden sei, wurde mit 231 gegen 151 Stimmen abgelehnt.

Der vierte Jahreskongreß des Komitees ist trotz der Statutenänderung ein erfreulicher Beweis, daß die Arbeiterklasse in England sich immer mehr auf die Pflicht besinnt, sich politisch zu organisieren. Die Arbeiter haben lange Zeit gebraucht, um einzusehen, daß sie trotz ihrer straffen gewerkschaftlichen Organisation ihre Forderungen in zureichendem Umfange nie erreichen werden, solange sie politisch im Fahrwasser der bürgerlichen Parteien treiben. Man darf hoffen, daß diese Erkenntnis immer weitere Kreise durchdringt. Seit dem vorigen Jahre ist die Zahl der Mitglieder, die auf dem Kongresse vertreten wurden, um 108 650 gewachsen.

Deutsches Reich.

Berlin, 27. Februar. Die Reichstagskommission für die Vorlage der Entschädigung unschuldig Verhafteter lehnte die Bestimmung über den Verstoß gegen die guten Sitten ab und ersetzte sie mit 10 gegen 4 Stimmen auf Antrag Burlage (Zentr.) durch die Bestimmung, nach der der Anspruch ausschließbar ist, wenn die Tat grobe Unredlichkeit oder Unsittlichkeit in sich geschlossen hat oder wenn der Verhaftete sich zur Verübung eines Verbrechens oder Vergehens ersichtlich vorbereitete. Die Bestimmung über die Vorstrafen usw. wurde nach Antrag Burlage mit 11 gegen 3 Stimmen folgendermaßen abgeändert: Der Anspruch ist ausschließbar, wenn der Verhaftete bei seiner Verhaftung nicht die bürgerlichen Ehrenrechte besaß oder unter polizeilicher Aufsicht stand oder innerhalb der letzten zwei Jahre der Landespolizeibehörde überwiesen war, ferner wenn der Verhaftete mit Zuchthaus bestraft war und seit der Verbüßung noch nicht drei Jahre verflossen sind.

Man darf nur neugierig sein, wieviel Möglichkeiten übrig bleiben, unter denen es wirklich zu einer Entschädigung kommt.

— An fortdauernden Ausgaben des Militäretats hat die Budgetkommission 12½ Millionen Mark gestrichen.

— Die bayrische Kammer hat die neue Wahlkreiseinteilung gegen die Stimmen der Liberalen und der Freien Vereinigung angenommen.

Der Reichstag verhandelte am Freitag über eine Gruppe von Resolutionen, die, vom Zentrum, Nationalliberalen und Konservativen herrührend, die Haftpflicht der Automobilisten für die von ihnen verursachten Schäden fordern und um die Verunglückten gegen mittellose Kraftfahrer zu schützen, die Gründung einer Genossenschaft der Automobilisten nach dem Vorbilde der Unfallberufsgenossenschaften anregen. Der Gedanke, der diesen Resolutionen zu Grunde liegt, ist angesichts des groben Unfugs, den die Automobilisere auf Straßen und Chausseen unter Gefährdung des Lebens der Passanten treiben, durchaus berechtigt. Unsere Fraktion, für die Genosse Stadthagen sprach, stimmte denn auch den Resolutionen zu. Nur ziemlich überflüssig war die weitschweifige Debatte, die sich an die Resolutionen knüpfte, und die eine Wiederholung der Reden bot, die im Abgeordnetenhause und Herrenhause über den gleichen Gegenstand schon gehalten worden sind. Wenn die Konservativen und Nationalliberalen wieder einmal über die langen Reden der Sozialdemokratie beim Reichsamt des Innern klagen, muß man sie an die systematische Zeitverträdelung erinnern, die sie gestern bei der Heimstättenfrage und heute bei den Automobilresolutionen getrieben haben.

An zweiter Stelle gelangten Resolutionen auf Sicherstellung der Bauhandwerkerforderungen und Ausschaltung der Konkurrenz der Gefängnisarbeit gegen das Handwerk zur Verhandlung. Genosse Lipinski betonte, daß wir prinzipiellere Anträge in gleicher Richtung schon früher gestellt haben. Trotzdem konnten wir uns auch diesen Resolutionen sympathisch gegenüberstellen, wenn es auch die mittelstandsretterische Begründung abzuwehren galt, in der sich Zentrum, Konservative und Antisemiten überboten.

Am Sonnabend wird die Frage der Behandlung politischer Gefangener in deutschen Gefängnissen erörtert werden.

Agrarierängste. Aus Besorgnis, infolge des russisch-japanischen Krieges könne Rußland die Grenze sperren und die bisherigen 300 000 russischen Arbeiter könnten der deutschen Landwirtschaft in diesem Sommer verloren gehen, entsandte die Hallesche Landwirtschaftskammer einen Beamten zur Erforschung der Sachlage über die russische Grenze. Ebenfalls soll Ersatz aus Galizien und Belgien, die belgischen Arbeiter allerdings zu höheren Löhnen, beschafft werden.

Das wird ein Jammern unter den Notleidenden werden, wenn der Entbehrungslohn beschnitten wird und statt der erbärmlichen Bettellöhne „allerdings höhere Löhne" bezahlt werden müssen.

Gegen die Zuchthaus- und Gefängnis-Konkurrenz. Vom Zentrum wurde im Reichstage der Antrag eingebracht, den Reichskanzler zu ersuchen, durch Vermittlung der Reichsjustizverwaltung auf einheitliche Bestimmungen über die Zuchthaus- und Gefängnisarbeit in den Einzelstaaten hinzuwirken, um die durch die Arbeit der Gefangenen dem Handwerk entstehende Konkurrenz zu beseitigen.

Der Herero-Aufstand. Gouverneur Leutwein meldet am Freitag aus Windhoek, daß in dem Gefecht der Abteilung des Kapitänleutnants Gygas bei Groß-Barmen am 19. d. M. außer den bereits gemeldeten Verlusten noch der Reiter Müller vom Eisenbahndetachement vermißt werde.

Im Gegensatze zu einer Londoner Meldung, nach der von deutscher Seite behauptet werde, die britische Regierung habe Agenten entsandt, um die Hereros aufzureizen, und viele Engländer seien deshalb festgenommen worden, wird mitgeteilt, daß von einer Festnahme von Engländern an zuständiger Stelle nichts bekannt sei.

Die bösen Bilsefrüchte. Wegen Beleidigung des Offizierskorps, begangen durch Herausgabe des soeben erschienenen Romans „Verhängnis", militärisches Sittenbild aus einer großen Garnison von Hermann zu Ilsentorff, ist von der Staatsanwaltschaft gegen den Verlagsbuchhändler Richard Sattler in Braunschweig eine Untersuchung eingeleitet worden.

Das Urteil im Laurahütter Wahlkrawallprozeß. In dem Prozeß wegen des Laurahütter Wahlkrawalls am 21. Juni 1903, abendes, wurde am Freitag das Urteil gefällt. Von 22 Angeklagten, die gegen das Urteil des Landgerichts Beuthen Revision eingelegt hatten, wurde einer zu 3 Jahren, ein zweiter zu 2 Jahren, ein dritter zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt. Zehn wurden zu Geldstrafen bis 60 M., die übrigen zu Gefängnis von 1 bis 9 Monaten verurteilt.

S. Heimatlos. Schlecht und recht brachte sich die 80jährige Kleidermacherin Dominika Witsch von Durach i. W. bis jetzt mit ihren beiden Schwestern in der Stadt Kempten durch, zahlte keine Steuern und war niemand im Wege. Jetzt wurde sie krank, ihr Ersparnes ging darauf, die Armenpflege mußte ihr helfen, sie kann jetzt fast nichts mehr verdienen, und nun kam die Gemeinde, um ihr zu helfen? — Beileibe nicht! Die Frau wurde ausgewiesen! Trotzdem sie schon viele Jahre in der Stadt wohnt und sich mit ihren Schwestern dort eine Heimat gegründet hatte. Die nahezu 60 Jahre alte, kranke Frau wird nun von ihren Schwestern gerissen, muß die Stadt verlassen, um vielleicht in ihrem Geburtsort in Württemberg betteln zu gehen. Ihr Einspruch bei der Regierung wurde abgewiesen. — Herrliche Welt!

Kleine politische Nachrichten. Die italienische Regierung hat an den Bundesrat der Schweiz das Verlangen gestellt, daß der Beginn der Handelsvertragsverhandlungen, der auf ihren Wunsch auf den 1. März festgesetzt war, auf den 5. März verschoben werde. Als Grund gibt sie an, daß die Unterhandlungen mit Deutschland noch nicht beendet seien und daß die schweizerischen Wünsche noch nicht vollständig haben geprüft werden können. Da der neue Handelsvertrag zwischen der Schweiz und Italien spätestens Anfang Juni abgeschlossen sein müßte, um rechtzeitig vor dem am 12. September erfolgenden Ablauf des bestehenden Vertrags von den Parlamenten beider Länder genehmigt werden zu können, wird die Frist für die Unterhandlungen infolge des neuen Aufschubes auf ein Minimum reduziert. Der Bundesrat hat, wie verlautet, der italienischen Regierung von diesem Gesichtspunkte aus seinen bei früheren Verschiebungen seine Bedenken geäußert und sich nun zu der Erklärung veranlaßt gesehen, daß er die Verantwortlichkeit für die etwaigen Folgen einer weiteren Verzögerung ablehnen müßte.

---

und Kreischa, welche den Zusammenhang ahnten, empfanden dankbar und achtungsvoll die Geistesgegenwart Leontinens. Herr von Kreischa hatte bis jetzt noch gar nicht daran gedacht, daß bei einer gerichtlichen Feststellung des Schadens möglicherweise auch der Betrag zur Sprache kommen konnte, den ihm der Handel eingetragen hatte. Und doch wußte er ganz genau, daß seine ganze Lebensstellung in sich zusammenbrach, so wie er nur einmal gezwungen wurde, über irgend eine seiner Einnahmequellen öffentlich Auskunft zu geben.

So blieb es denn bei Leontinens Anordnung. Die Leute kehrten endlich an ihr Gewerbe zurück; als einer der letzten verließ der Kammerdiener des Grafen den Wintergarten. Die Besitzerin der zerschlagenen Schöpfung aber kehrte ruhig, als ob nichts geschehen wäre, mit Herrn von Kreischa in ihre Wohnstube zurück. Den General rief der Dienst ab, und Roßmann blieb mit gemischten Gefühlen bei seinem Marmor zurück, um den Schaden genau zu untersuchen und zu überlegen, was er noch retten konnte und wollte.

Drinnen hatte die Hausfrau so vielerlei mit Kreischa zu besprechen, daß von der Marmorgeschichte nicht mehr die Rede war. Kreischa hatte ihr abermals den Ankauf von zwei jungen feurigen Kutschpferden aus dem Stalle einer geizigen Aristokratin vorgeschlagen und Leontine suchte ihm begreiflich zu machen, daß es für sie beide günstiger war, wenn sie die alten Gäule ihrer Besitzerin ließ und dem Vermittler sein Geld für das Nichtzustandekommen des Geschäftes zahlte. Wenn Kreischas Ansprüche nicht gar zu unvernünftig wuchsen, so konnte er ab und zu bei ihr in die Kasse greifen. Sie hatte ohnehin vor, ihm zu einer festen Anstellung zu verhelfen. Er sollte die eigentlichen Geschäfte des neuen Wohltätigkeitsvereins leiten und dafür als der einzige besoldete Beamte seinen reichen Lohn beziehen.

Kreischa fügte sich schließlich immer dem entschiedenen Willen Leontinens, wenn er auch bei jedem Punkte anfangs seine Vorstellungen machte. Die feurigen Kutschpferde waren wirklich alte Gäule, das gab er zu, wenn Frau Kommerzienrätin den Kauf aber nicht vollzogen, so trat die Besitzerin nicht in den Verein. Und sein Gehalt wollte Kreischa nicht in dieser Form erhalten; das schickte sich nicht für einen Kavalier und L. a. D. Er wollte lieber eine ähnliche oder größere Summe als geheime Armengelder ohne Rechnung durch seine Hände gehen lassen und einen kleinen Teil davon, wie es sich gerade traf, für sich verwenden. Leontine lachte ihm ins Gesicht. Kreischa rief ebenfalls lachend:

„Da Sie kein Mann sind, muß ich's auf mir sitzen lassen!"

Und damit war es abgetan.

Ganz leise ließ Leontine einfließen, daß Kreischa mit einem Schlage ein wohlhabender und damit ein angesehener Mann werden konnte, wenn er sich klug verheiratete. Es war nicht das erstemal, daß die schöne Kommerzienrätin eine solche Anspielung machte.

Kreischa wußte nicht, was darauf zu sagen. Sollte diese schneidige Frau wirklich nicht wissen, wie brüchig Kreischas Ruf war? Und daß gerade mit reichen Bürgermädchen schon Geschichten über ihn erzählt wurden, die ihn selbst in schlechter Familie unmöglich machten. Und was sollte die wiederholte Andeutung, Herr von Kreischa sollte sich doch in der Nähe umsehen?

Nachdenken war des lebenslustigen Mannes Sache nie gewesen. Aber heute war das Wort seiner Beschützerin so dringend, daß er seine ganzen Geisteskräfte zusammennahm und richtig sofort den famosen Einfall hatte, die reiche und schöne Frau wollte selbst Frau von Kreischa heißen. Er war aber erst um einen Zoll näher gerückt, er hatte erst die eine Hälfte seines langen blonden Schnurrbarts zwischen Daumen und Zeigefinger zurecht gestrichen, als Leontine ihm zuvorkam und ihn mit einem Worte aus seinem Irrtum riß.

„Sie müssen an keine Witwe denken," sagte sie freundlich lächelnd. „Eine Witwe hat die Pflicht, klüger zu sein. Es soll ja Heiratsvermittler geben, die viel Geld verdienen. Es wäre vielleicht neuer, geistreicher und einträglicher, das Gewerbe eines Scheidungsvermittlers zu ergreifen. Mancher Kavalier tut es ja erwerbsmäßig ohne Entgelt."

Was hatte die Kommerzienrätin bei diesen Worten hinaus zum Fenster immer in die gleiche Richtung nach der grünen Villa zu blicken? Dort wohnte der Graf mit seiner Gräfin.

(Fortsetzung folgt.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19040227/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG